

AMNESTY INTERNATIONAL

MEMORANDUM:

TÖDLICHE GEWALT UND VERANTWORTUNG FÜR RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN DURCH ISRAELISCHE SICHERHEITSKRÄFTE IN ISRAEL UND DEN BESETZTEN PALÄSTINENSISCHEN GEBIETEN

28. September 2016 - AI-Index: MDE 15/4812/2016

EINFÜHRUNG

Dieses Memorandum beschreibt einige der Bedenken von Amnesty International gegen den Einsatz tödlicher Gewalt durch Bedienstete der israelischen Armee, der Grenzpolizei und privater Sicherheitskräfte in der Zeit vom 22. September 2015 bis zum 06. September 2016. Im Detail sind 20 Fälle dargelegt, die nachweislich rechtswidrige Tötungen von Palästinenser_innen durch israelische Sicherheitskräfte waren, darunter fünfzehn Fälle, die womöglich als außergerichtliche Hinrichtungen einzustufen sind. Das Memorandum bemüht sich außerdem zu klären, wie der aktuellen Stand der Untersuchungen zu diesen Tötungen aussieht, die von den israelischen Behörden durchgeführt werden und geht den politischen Vorgaben nach, die den Einsatz von tödlicher Gewalt durch die israelischen Truppen regeln.

Auf dem Hintergrund einer massiven Steigerung des Gewaltniveaus in Israel und den OPT (den besetzten palästinensischen Gebieten) setzt sich Amnesty International weiter für die Förderung der Menschenrechte ein. Als unparteiische Organisation, die dem Konzept "Menschenrechte für alle Menschen" verpflichtet ist, haben wir uns lautstark und aktiv gegen die Angriffe bewaffneter palästinensischer Gruppen und einzelner Personen gegen israelische Zivilisten gestellt und diese verurteilt. Solche Übergriffe können durch nichts gerechtfertigt werden, und Amnesty International hat in dieser Angelegenheit immer eine klare und eindeutige Position bezogen.

Doch auch im Angesicht solcher Attacken sind die Vorgehensweisen der israelischen Sicherheitskräfte an die Verpflichtungen Israels aus dem Internationalen Völkerrecht gebunden, vor allem hinsichtlich der Bewahrung der Rechte auf Leben und Sicherheit der Person. Besonders relevant sind hier die internationalen Standards zum Einsatz von Gewalt und für den Gebrauch von Feuerwaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen. Wo hinreichende Beweise dafür vorliegen, dass tödliche Gewaltmittel unnötigerweise oder unverhältnismäßig eingesetzt wurden – und dass die daraus resultierten Todesfälle folglich als rechtswidrige Tötungen gelten – sind die israelischen Behörden anhand der internationalen Menschenrechtsstandards verpflichtet, sofortige, unabhängige, unparteiische, gründliche, wirksame und transparente Untersuchungen durchzuführen.

Den übertriebenen Einsatz von Gewalt durch das israelische Militär und das Versagen, rechtswidrige Tötungen strafrechtlich zu untersuchen, hat Amnesty International früher schon dokumentiert, zuletzt im Jahr 2014 in dem Bericht *Mit dem Finger am Abzug: Israels exzessiver Einsatz von Gewalt in der Westbank*.¹ Der Bericht geht 19 Fällen nach, bei denen Palästinenser von israelischen Truppen getötet wurden, obwohl sie offenbar keine direkte Bedrohung für das Leben anderer dargestellt hatten. Die Beweislage in dreien dieser Fälle lässt auf willentliche Tötungen schließen, was als Kriegsverbrechen einzustufen wäre. Dennoch wurde nur in einem Fall Anklage gegen einen der Soldaten erhoben - wegen des eher geringfügigen Vergehens einer "leichtfertigen und fahrlässigen Handlung beim Gebrauch einer Schusswaffe". Das bestätigt die andere wichtige Erkenntnis des vorliegenden Berichts, dass israelische Truppen in fast vollständiger Straflosigkeit rechtswidrige Tötungen durchführen. Frühere schriftliche Anfragen von Amnesty International an Israel zu dem Thema sind von den israelischen Behörden nie beantwortet worden, und das israelische Außenministerium weist die Ergebnisse des vorliegenden Berichtes zurück, ohne jedoch im Gegenzug eigene Beweise oder Argumente anzubieten.²

¹ Amnesty International, *Mit dem Finger am Abzug: Israels exzessiver Einsatz von Gewalt in der Westbank*, AI-Index: MDE 15/002/2014, Februar 2014, verfügbar unter [Mit dem Finger am Abzug.pdf](#). Der Titel des englischsprachigen Originalberichts lautet *Trigger happy: Israel's use of excessive force in the West Bank*, verfügbar unter <https://www.amnesty.org/en/documents/MDE15/002/2014/en/> (Englisch).

² Israelisches Außenministerium, *Amnesty warps reality, promotes Palestinian propaganda (Amnesty verdreht die Realität, unterstützt palästinensische Propaganda)*, 26. Februar 2014, zuletzt aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) verfügbar unter <http://embassies.gov.il/london/NewsAndEvents/Pages/Amnesty-warps-reality-promotes-Palestinian-propaganda-26-Feb-2014.aspx>

1. RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN

Seit dem 1. Oktober 2015 haben israelische Sicherheitskräfte in Israel und den besetzten palästinensischen Gebieten (OPT / *Occupied Palestinian Territories*) mehr als 200 Palästinenser getötet. Die Mehrzahl dieser Tötungen – über 150 davon - ereigneten sich bei angeblichen, versuchten oder tatsächlichen Angriffen durch Palästinenser auf israelische Soldaten, Polizisten und Zivilisten. Palästinenser töteten im gleichen Zeitraum 35 Israelis und zwei ausländische Staatsbürger, bei denen es sich meistens um Zivilisten gehandelt hat.

Israel steht zwar in der Pflicht, die Personen unter seiner Kontrolle zu schützen, eine Anzahl der Aktionen der israelischen Truppen haben aber womöglich gegen Israels internationale völkerrechtliche Verpflichtungen verstoßen. Seit der Tötung der 18-jährigen Hadeel al-Hashlamoun am 22. September 2015 in Hebron durch die israelische Armee begannen Amnesty International und andere Menschenrechtsgruppen, ein Muster von rechtswidrigen Tötungen zu dokumentieren, das sich die israelische Sicherheitskräfte in Israel und den OPT zueigen gemacht haben. Diese rechtswidrigen Tötungen umfassen Fälle – einige davon werden im Folgenden noch im Detail beschrieben – bei denen israelische Truppen absichtlich tödliche Gewaltmaßnahmen gegen Palästinenser durchführten, obwohl letztere nicht, oder zum Zeitpunkt ihrer Tötung nicht mehr, als direkte Bedrohung für das Leben von Soldaten, Polizisten oder Zivilisten betrachtet werden konnten. Andere Fälle von Tötungen ereigneten sich bei der polizeilichen Begleitung von Protesten, bei denen Steine und zuweilen auch Brandsätze geworfen wurden. Doch selbst diese Vorgehensweisen hatten nicht die Wirkung, dass sie für die anwesenden israelischen Sicherheitskräfte lebensgefährlich gewesen wären. Die Tötung der mit Steinen oder Brandsätzen werfenden Palästinenser war folglich rechtswidrig.

Wir wüssten gern, ob zu all den unten aufgelisteten Vorfällen Untersuchungen durchgeführt werden und versuchen, die vollständigen Details über alle Untersuchungen zu erhalten, die es zu diesen Fällen gibt, außerdem Informationen über den Stand der Ermittlungen in jenen Fällen, die noch untersucht werden, wobei wir die Klärung der folgenden Fragen besonders begrüßen würden:

- Ist zu jedem dieser Fälle eine strafrechtliche Untersuchung eröffnet worden?
- Welche Stelle führt gegebenenfalls diese Untersuchungen durch?
- Haben diese Untersuchungen zu einer Anklage oder Verurteilung geführt?
- Welche Schritte sind vonseiten der mit den Untersuchungen betrauten Stellen unternommen worden, um Informationen von Opfern, Zeugen oder Klägern einzuholen? Oder waren die Untersuchungen nur auf Informationen durch Armee- oder Grenzpolizeipersonal und deren Aufzeichnungen beschränkt?
- Wann werden die Ergebnisse dieser Untersuchungen und alle den Verlauf der Ermittlungen betreffenden Dokumente veröffentlicht, falls dies noch nicht geschehen ist; und welche Schritte werden unternommen, um Kläger, mutmaßliche Opfer oder deren Familien über die Ergebnisse zu informieren?
- Welche Möglichkeiten, so vorhanden, stehen Klägern oder mutmaßlichen Opfern zur Verfügung oder werden ihnen bereitgestellt, um rechtlich gegen die Ergebnisse oder Schlussfolgerungen dieser Untersuchungen vorzugehen?

TÖTUNGEN DURCH DIE ISRAELISCHE ARMEE

- Am 22. September 2016 wurde die 18-jährige **Hadeel al-Hashlamoun** in Hebron am Militärkontrollpunkt 56 von israelischen Soldaten getötet. Sie hatte ein Messer in der Hand, war aber durch eine Metallbarriere von den Soldaten getrennt; und sie stellte zu keinem Zeitpunkt eine so weitgehende Bedrohung für die Soldaten dar, dass deren willentliche Anwendung tödlicher Gewalt zulässig gewesen wäre.³ Wie die israelische Tageszeitung *Haaretz* berichtete, kam der Kommandant der Judäa-Brigade der israelischen Armee Oberst Yariv Ben Ezra bei einer ersten Überprüfung des Vorfalls zu dem Schluss, dass Hadeel al-Hashlamoun von den Soldaten hätte in Haft genommen werden können und nicht getötet werden müssen.⁴ Amnesty International ist nicht bekannt, dass etwa strafrechtliche Ermittlungen zu ihrem Tode veranlasst worden wären. Ihr Tod sollte aber als eine möglicherweise außergerichtliche Exekution untersucht werden.

³ Amnesty International, *Evidence indicates West Bank killing was extrajudicial execution (Beweise deuten an, dass Westbank-Tötung außergerichtliche Hinrichtung war)*, AI-Index: MDE 15/2529/2015, September 2015, (auf Englisch) im Internet nachzulesen unter www.amnesty.org/en/documents/mde15/2529/2015/en/

⁴ Gili Cohen, *Haaretz, IDF Inquiry: Shooting of Palestinian Girl in Hebron Could Have Been Avoided (IDF-Ermittlung: Erschießung von palästinensischem Mädchen hätte vermieden werden können)*, 1. November 2015, letzter Zugriff am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.683193

- Der 18-jährige **Hudhayfa Suleiman** wurde am 4. Oktober 2015 in der Nähe der Stadt Tulkarem getötet. Bei Zusammenstößen an einem Checkpoint nahe Tulkarem eröffnete das israelische Militär mit scharfer Munition das Feuer auf Hudhayfa Suleiman und erschoss ihn. Die israelische Armee erklärte, sie habe auf drei Palästinenser geschossen, die mit Brandsätzen warfen. Informationen, die nahelegen, dass sich das Leben israelischer Truppenbediensteter in direkter Gefahr befand, wurden allerdings nicht beigebracht. Der Einsatz von scharfer Munition scheint daher nicht gerechtfertigt gewesen zu sein; und Hudhayfa Suleimans Tod sollte als rechtswidrige Tötung untersucht werden. ⁵ Nach Informationen, die an die NGO *B'Tselem* weitergegeben wurden, hat der Militärgeneralstaatsanwalt (MAG / *Military Advocate General*) eine strafrechtliche Untersuchung zur Tötung von Hudhayfa Suleiman eröffnet.
- ⁵ Amnesty International, *No justification for deliberate attacks on civilians, unlawful killings by Israeli forces, or collective punishment of Palestinians (Keine Rechtfertigung für vorsätzlich Angriffe auf Zivilisten, rechtswidrige Tötungen durch israelische Sicherheitskräfte oder Kollektivstrafen für Palästinenser)*, AI-Index: MDE 15/2633/2015, Oktober 2015, im Original auf Englisch verfügbar unter www.amnesty.org/en/documents/mde15/2633/2015/en/
- **'Abd al-Rahman Obeidallah**, 13 Jahre alt, starb am 5. Oktober in Bethlehem. Er wurde im Flüchtlingslager Aida von einem israelischen Soldaten angeschossen, der mit einem Ruger22 Scharfschützengewehr bewaffnet war und starb wenig später im Krankenhaus. Die Ärzte erklärten, dass er durch einen Schuss in die Brust getötet worden war. Augenzeugen berichteten den Researchern der palästinensischen Abteilung des Internationalen Kinderschutzbundes (DCI / *Defense for Children International – Palestine*), dass sich 'Abd al-Rahman Obeidallah und ein anderer Junge etwa 70 Meter von Zusammenstößen zwischen israelischen Truppen und palästinensischen Jugendlichen entfernt aufgehalten hatten. Da er keine direkte Bedrohung für das Leben oder die körperliche Unversehrtheit der Soldaten oder anderer Personen dargestellt hatte, war die Erschießung von 'Abd al-Rahman Obeidallah eindeutig rechtswidrig. Die Tatsache, dass er im Ergebnis des vorsätzlichen Gebrauchs einer Schusswaffe ums Leben kam, bedeutet, dass sein Tod als mutmaßliche außergerichtliche Exekution wirksam untersucht werden sollte. ⁶ Erste Ermittlungen der Armee, über die am 5. Oktober 2015 in der Haaretz berichtet wurde, stellten fest, dass die Tötung "ohne Absicht" erfolgt sei. ⁷ Nach Informationen, die der NGO *B'Tselem* vorliegen, hat der MAG eine strafrechtliche Untersuchung der Tötung von 'Abd al-Rahman Obeidallah eingeleitet.
- ⁶ Amnesty International, *No justification for deliberate attacks on civilians, unlawful killings by Israeli forces, or collective punishment of Palestinians (Keine Rechtfertigung für vorsätzlich Angriffe auf Zivilisten, rechtswidrige Tötungen durch israelische Sicherheitskräfte oder Kollektivstrafen für Palästinenser)*, AI-Index: MDE 15/2633/2015, Oktober 2015, im Original auf Englisch verfügbar unter www.amnesty.org/en/documents/mde15/2633/2015/en/
- ⁷ Nir Hasson und Jack Khoury, *13-year-old Palestinian Said Killed by Israeli Troops Fire Near Bethlehem (13-jähriger Palästinenser Berichten zufolge nahe Bethlehem von israelischen Truppen getötet)*, Haaretz, 5. Oktober 2015, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.678885
- In Hebron wurde am 26. Oktober 2015 der 20-jährige **Muhammad Youssef al-Atrash** getötet. Die israelische Polizei kennzeichnete diesen Vorfall als einen "versuchten Messerangriff". Eine Augenzeugin, die von ihrem Balkon aus sah, wie sich die Ereignisse entwickelten, erklärte jedoch, dass Muhammad Youssef al-Atrash keine Bedrohung dargestellt hatte, als er erschossen wurde. Wie sie Amnesty International erzählte, hatte einer der Soldaten ihn nach seinem Ausweis gefragt. Als er in seine Tasche griff, um diesen hervorzuholen, schoss ihm ein anderer Soldat, der hinter ihm gestanden hatte, in die rechte Seite. Weil er keine Bedrohung für das Leben der Soldaten oder anderer Personen dargestellt hatte, war seine Tötung nicht gerechtfertigt und muss als möglicherweise außergerichtliche Exekution untersucht werden. Zeugen berichteten auch, dass die Soldaten dem verwundeten Muhammad Youssef al-Atrash 40 Minuten lang jede medizinische Behandlung verweigerten. ⁸ Nach Internationalem Völkerrecht ist die Bereitstellung medizinischer Hilfe für die Verletzten eine der grundlegenden Pflichten, und eine Unterlassung dieser Hilfe – insbesondere wo dies mit Vorsatz geschieht – verstößt gegen das Verbot der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Bestrafungen. Von daher muss jede Unterlassung der Bereitstellung von medizinischer Hilfe als strafrechtliches Vergehen untersucht werden. Amnesty International bemüht sich um Informationen zu allen strafrechtlichen Untersuchungen, die sich auf die Verweigerung medizinischer Hilfe für Muhammad Youssef al-Atrash beziehen. Von der Existenz einer strafrechtlichen Untersuchung zu seiner Tötung ist der Organisation nichts bekannt.
- ⁸ Amnesty International, *Israeli forces in Occupied Palestinian Territories must end pattern of unlawful killings (Israelische Truppen in den besetzten palästinensischen Gebieten müssen Schema der rechtswidrigen Tötungen beenden)*, 27. Oktober 2015, im Original auf Englisch unter www.amnesty.org/en/latest/news/2015/10/israeli-forces-must-end-pattern-of-unlawful-killings-in-west-bank/

- Die 72 Jahre alte **Tharwat al-Sharawi** wurde am 6. November 2015 in Hebron getötet. Das israelische Militär behauptete, sie habe die Soldaten mit ihrem Auto rammen wollen. Ein Video des Vorfalls zeigt den Wagen, den sie fuhr, wie er sich den Soldaten in einem so langsamen Tempo näherte, dass es diesen möglich war, beiseite zu springen und dann das Fahrzeug heftig unter Beschuss zu nehmen. Tharwat al-Sharawis Sohn erklärte, dass seine Mutter auf dem Weg zum Mittagessen war, als sie getötet wurde. Amnesty International merkt hierzu an, dass Tharwat al-Sharawi zwar vielleicht wirklich vorgehabt haben könnte, die Soldaten mit ihrem Auto zu rammen. Diese begannen aber erst zu feuern, nachdem sie aus dem Weg gesprungen waren, wie es auch das israelische Militär bestätigt hat. Das bedeutet, dass die unmittelbare Gefahr bereits vorüber war. Die Frau stellte außerdem auch keine ernsthafte Bedrohung für Leib und Leben anderer Personen dar. Damit scheint der Einsatz tödlicher Gewalt nicht rechters gewesen zu sein, und die Angelegenheit sollte als mögliche außergerichtliche Exekution untersucht werden.⁹ Nach Informationen, die *B'Tselem* erhalten hat, entschloss sich der MAG aber dennoch, keine strafrechtliche Untersuchung zur dieser Tötung einzuleiten.
- ⁹ Amnesty International, *Investigate apparent extrajudicial execution at Hebron hospital (Offenbar außergerichtliche Exekution am Krankenhaus von Hebron muss untersucht werden)*, 12. November 2015, im Original auf Englisch erhältlich unter www.amnesty.org/en/latest/news/2015/11/israel-opt-investigate-apparent-extrajudicial-execution-at-hebron-hospital/
- Am 13. November 2015 wurde in Budrus der 22-jährige **Lafi Yusuf Mostafa Awad** getötet. Ein Augenzeuge sagte Amnesty International, dass Lafi Yusuf Mostafa Awad in den Rücken geschossen wurde, nachdem er weggelaufen war, als Soldaten versuchten, ihn bei Zusammenstößen am Zaun/der Mauer, die in der Nähe des Dorfes vorbeiläuft, zu verhaften. Wie der Zeuge erklärte, war schon im Zuge dieser Verhaftung mit einem Gummigeschoss auf ihn gefeuert worden. Laut der Darstellung der Ereignisse des Zeugen hatte Lafi Yusuf Mostafa Awad keinerlei Gefahr für die Soldaten oder andere Personen dargestellt. Von daher scheint es nicht so, dass es für die Anwendung tödlicher Gewalt eine Rechtfertigung gegeben haben könnte. Wie die israelische Tageszeitung *Haaretz* am 12. August 2015 berichtete, hat die israelische Armee die Regeln für ihre Soldaten überarbeitet und sie daran erinnert, dass nicht auf fliehende Verdächtige geschossen werden darf, wenn diese keine tödliche Gefahr (mehr) darstellen.¹⁰ Von daher sieht es so aus, dass Lati Yusuf Mostafa Awad entgegen den eigenen Bestimmungen der Armee zum Gebrauch einer Schusswaffe getötet wurde. Sein Tod muss also als mögliche außergerichtliche Exekution untersucht werden. Doch nach den Informationen, die *B'Tselem* vorliegen, hat der MAG entschieden, zu dieser Tötung keine strafrechtliche Untersuchung einzuleiten.
- ¹⁰ Gili Cohen, *IDF Refines Orders: Soldiers Not to Fire at Fleeing Palestinian Attackers (IDF überarbeitet Befehle: Soldaten sollen nicht auf flüchtende palästinensische Angreifer schießen)*, *Haaretz*, 12. August 2015, abgerufen am 30 August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.670796
- **Abdullah Azzam Shalaldah**, 28 Jahre alt, wurde am 12. November 2015 in Hebron getötet. Augenzeugen berichteten, dass eine große Gruppe israelischer Soldaten und Polizeibediensteter als palästinensische Zivilisten verkleidet um 2:43 Uhr in der Nacht in das al-Ahli-Krankenhaus eindrangen. Manche trugen Kaffiyehs – die traditionellen palästinensischen Tücher – und falsche Bärte. Einer wurde als schwangere Frau verkleidet im Rollstuhl ins Krankenhaus geschoben. Laut den Augenzeugen, die Amnesty International gesprochen hat, drangen die Soldaten in einen Raum im dritten Stock des Krankenhauses ein, in dem sich der 20-jährige Azzam Azmi Shalaldah als Patient befand, um diesen wegen des Verdachts zu verhaften, dass er am 25. Oktober 2015 einen israelischen Zivilisten erstochen habe. Als sie den Raum betraten, in dem der Patient im Bett lag, schossen sie sofort auf seinen Cousin Abdullah Azzam Shalaldah, mindestens drei Mal, und auch auf den Kopf und den Oberkörper. Die israelische Armee behauptete, Abdullah Azzam Shalaldah habe die Soldaten angegriffen. Die Zeugen sagten jedoch aus, dass der Mann unbewaffnet war und die Soldaten nicht angegriffen hat. Seine Tötung sollte als mögliche außergerichtliche Hinrichtung untersucht werden.¹¹ Von einer strafrechtlichen Untersuchung seines Todes ist Amnesty International nichts bekannt.
- ¹¹ Amnesty International, *Investigate apparent extrajudicial execution at Hebron hospital (Offenbar außergerichtliche Exekution am Krankenhaus von Hebron muss untersucht werden)*, 12. November 2015, im Original auf Englisch erhältlich unter www.amnesty.org/en/latest/news/2015/11/israel-opt-investigate-apparent-extrajudicial-execution-at-hebron-hospital/
- Der 16-jährige **Mahmoud Muhammad Ali Shaalan** wurde am 26. Februar 2016 am Checkpoint Beit El in der Nähe von Ramallah getötet. Mahmoud Muhammad Ali Shaalan besaß einen doppelten Pass. Er war sowohl palästinensischer wie auch US-amerikanischer Staatsbürger. Seiner Familie zufolge war er von zuhause in Deir Dibwan zur Stadt El Bireh unterwegs, um dort seine Tante zu besuchen. Um einen langen Umweg zu vermeiden, versuchte er, einen israelischen Checkpoint, der eigentlich für den Fußgängerverkehr gesperrt

ist, zu Fuß zu passieren. Seine Familie erzählte, man habe ihm früher schon einige Male erlaubt, zu Fuß durch diesen Checkpoint zu gehen. Nach einem Augenzeugenbericht, der Amnesty International durch *B'Tselem* bereitgestellt wurde, gestatteten die Soldaten Mahmoud Muhammad Ali Shaalan diesmal nicht, den Checkpoint zu passieren, und er machte kehrt. Als er sich von den Soldaten entfernte, feuerte einer von ihnen aus einiger Entfernung drei Kugeln ab. Mahmoud Muhammad Ali Shaalan fiel sofort zu Boden; der Soldat kam herbei und schoss nach Aussage des Zeugen noch zwei weitere Male auf ihn. Eine Obduktion, die ein Arzt des Rechtsmedizinischen Zentrums des Staates Palästina an der al-Quds-Universität in Abu Dis auf Anfrage der Familie hin durchgeführt hatte, ergab, dass sich am Körper von Mahmoud Shaalan sechs Einschüsse befanden – fünf in der oberen rechten Körperseite und im Brust Rücken, und eine in der rechten Hüfte. Es gab keine Hinweise, dass die Kugeln aus direkter Nähe abgefeuert wurden. Das israelische Militär erklärte, Mahmoud Muhammad Ali Shaalan habe auf einen der Soldaten eingestochen.¹² Der *Haaretz* sagte die israelische Armee, die Ergebnisse des Einsatzberichts würden zur Prüfung an den MAG weitergeleitet. Die Familie von Mahmoud Muhammad Ali Shaalan bat die israelischen Behörden über einen Anwalt, eine strafrechtliche Untersuchung zu seinem Tod zu eröffnen; bislang ist in dieser Richtung aber noch nichts geschehen. Die Familie bat auch darum, das Video von dem Vorfall einzusehen, das die Sicherheitskameras an dem Checkpoint aufgenommen hatten. Zunächst, so die Familie, behauptete die Armee, die Kameras seien an dem Tag außer Betrieb gewesen. Dann änderten sie ihre Antwort aber und erklärten, die Kameras würden das Gelände, auf dem die Tötung stattfand, nicht erfassen. Angesichts der Aussage des Zeugen und der Ergebnisse der Obduktion glaubt Amnesty International, dass die Tötung als mögliche außergerichtliche Exekution untersucht werden sollte.

- ¹² Gideon Levy und Alex Levac, *Haaretz*, *For Palestinian-American Teen's Family, Home Is Where the Body Is Buried* (Für die Familie des palästinensisch-amerikanischen Teenagers ist Heimat da, wo der Körper begraben ist), 12. März 2015, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/premium-1.708155
- **Abed al-Fatah al-Sharif** und **Ramzi Aziz Qasrawi**, beide 21 Jahre alt, wurden am 24. März 2015 in Hebron getötet, nachdem sie einen israelischen Soldaten mit einem Messer angegriffen und verletzt hatten. Ein anderer israelischer Soldat wurde dann von einem freiwilligen Helfer mit einer *B'Tselem*-Kamera gefilmt, wie er Abed al-Fatah al-Sharif in den Kopf schoss, als dieser verwundet am Boden lag.¹³ Zeugen des Vorfalls, die von *B'Tselem* befragt wurden, behaupten auch, dass Ramzi Aziz Qasrawi ebenfalls erschossen wurde, als er verletzt dalag.¹⁴ Zwar ist ein israelischer Soldat wegen Totschlags an Abed al-Fatah al-Sharif angeklagt worden und steht derzeit deswegen vor Gericht, doch sind zur Tötung von Ramzi Aziz Qasrawi soweit Amnesty International bekannt keine Ermittlungen eingeleitet worden. Diese zweite mutmaßliche außergerichtliche Exekution muss dringend untersucht werden. Berichten der *Haaretz* vom 25. März 2015 zufolge wurde drei israelischen Soldaten eine Rüge erteilt, weil sie es unterlassen hatten, Abed al-Fatah al-Sharif und Ramzi Aziz Qasrawi medizinische Hilfe zukommen zu lassen.¹⁵ Die Bereitstellung medizinischer Hilfe an Verwundete ist eine der Grundpflichten nach Internationalem Völkerrecht, und dies zu unterlassen – vor allem wenn es mit Vorsatz geschieht – verstößt gegen das Verbot der Folter und anderer grausamer, unmenschlicher und erniedrigender Bestrafungen. Ein solches Unterlassen der Bereitstellung medizinischer Hilfe muss deshalb als strafbares Vergehen untersucht werden.
- ¹³ *B'Tselem*, *Video: Soldier executes Palestinian lying injured on ground after the latter stabbed a soldier in Hebron* (Video: Soldat richtet am Boden liegenden Palästinenser hin, nachdem dieser auf einen Soldaten in Hebron eingestochen hatte), 24. März 2016, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) im Internet verfügbar unter http://www.btselem.org/firearms/20160324_soldier_executes_palestinians_attacker_in_hebron
- ¹⁴ *B'Tselem*, *Testimonies: Prior to incident for which Elor Azaria is facing charges, Ramzi al-Qasrawi was also executed* (Zeugenaussagen: Vor dem Vorfall, wegen dem sich Elor Azaria mit einer Anklage konfrontiert sieht, wurde auch Ramzi al-Qasrawi hingerichtet) vom 6. Juni 2016, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) im Internet verfügbar unter http://www.btselem.org/press_releases/20160606_claims_of_additional_execution_in_hebron_incident
- ¹⁵ Gili Cohen, *Haaretz*, *IDF Officers Reprimanded for Not Aiding Hurt Palestinian Before He Was Shot Point Blank* (IDF-Offiziere gemäßregelt, weil sie verletztem Palästinenser keine medizinische Hilfe geleistet hatten, bevor er aus nächster Nähe erschossen wurde), 25. März 2016, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/premium-1.710942
- Zusätzlich zu den genannten Fällen wurden seit Oktober 2015 mindestens 21 männliche Palästinenser, darunter ein 10-jähriger Junge, bei zehn verschiedenen Vorfällen im Verlauf von Demonstrationen an und in der Nähe des Zauns getötet, der den **Gazastreifen** von Israel trennt. Die Demonstrationen fanden in der Nähe der Ortschaften Nahal Oz, Abbasan, al-Tuffah, al-Bureij, Khan Younis und Shuja'iyya statt. Dabei warfen palästinensische Demonstranten mit Steinen nach israelischen Soldaten. Allerdings befanden sich diese

Soldaten zig Meter oder sogar hunderte Meter von den Protestlern entfernt und waren durch ihre Gewehrstellungen aus Beton und andere Hindernisse insgesamt gut geschützt. Eine Lebensgefahr oder das Risiko schwerwiegender Verletzungen hatte für sie damit eher nicht bestanden. Der Einsatz tödlicher Gewalt gegen die Demonstranten scheint daher ungerechtfertigt, und deren Todesfälle müssen als rechtswidrige Tötungen strafrechtlich untersucht werden. Amnesty International wüsste allerdings nicht, dass der MAG auch nur eine einzige Untersuchung zu diesen Fällen eingeleitet hätte.

TÖTUNGEN DURCH DIE GRENZPOLIZEI UND DURCH ISRAELISCHE POLIZEIBEDIENSTETE

- Der 19-jährige **Fadi Alloun** starb am 4. Oktober 2015 in Westjerusalem. Die israelische Polizei sagte, er habe versucht, einen 16-jährigen israelischen Jungen zu erstechen, der dabei leichte Verletzungen erlitt, und er habe ein Messer in der Hand gehalten, als er erschossen wurde. Videoaufnahmen des Vorfalls zeigen aber, wie Fadi Alloun von einer Gruppe israelischer Zivilisten eine Straße in Jerusalem hinaufgejagt wird, bevor eine Polizeistreife eintrifft und ein Polizeibediensteter Fadi Alloun aus einigen Metern Entfernung in den Oberkörper schießt - ohne auch nur den Versuch zu machen, ihn zu verhaften. Bei der Tötung von Fadi Alloun scheint es sich daher um eine außergerichtliche Hinrichtung gehandelt zu haben. **16** Ein Schreiben, der Abteilung für interne Ermittlungen der Polizei im Justizministerium (bekannt als *Mahash*) vom 7. April 2016 an Fadi Allouns rechtliche Vertreter bei der NGO *Adalah* erklärte, dass die Untersuchung eingestellt sei. Unterlagen zu dem Fall, aus denen etwa hervorginge, wie diese Entscheidung zustande gekommen ist, hat *Adalah* bislang nicht erhalten. Diese wären aber nötig, um bei der Staatsanwaltschaft Einspruch gegen die Entscheidung erheben zu können.
- 16** Amnesty International, *No justification for deliberate attacks on civilians, unlawful killings by Israeli forces, or collective punishment of Palestinians (Keine Rechtfertigung für vorsätzlich Angriffe auf Zivilisten, rechtswidrige Tötungen durch israelische Sicherheitskräfte oder Kollektivstrafen für Palästinenser)*, AI-Index: MDE 15/2633/2015, Oktober 2015, im Original auf Englisch verfügbar unter www.amnesty.org/en/documents/mde15/2633/2015/en/
- **Wissam Farraj**, 20, wurde am 8. Oktober in Ostjerusalem getötet. Bei Zusammenstößen mit Palästinensern im Flüchtlingslager Shu'fat feuerten Israelische Polizisten auf Wissam Farraj. Sanitäter berichteten, dass er mit 22 Kugeln in die Brust geschossen wurde. **17** Ein israelischer Polizeisprecher erklärte *The Jerusalem Post*, es habe einen Aufruhr gegeben, nachdem die Grenzpolizei versuchte, ein Haus in dem Flüchtlingslager zu durchsuchen. Dabei sei die Polizei mit Steinen, Rohrbomben und Brandsätzen beworfen worden, worauf sie mit scharfer Munition reagiert habe. **18** Die Stellungnahme des Polizeisprechers enthielt keine konkreten Hinweise darauf, was für eine tödliche Bedrohung Wissam Farraj zum Zeitpunkt seines Todes dargestellt hatte, Berichten von *B'Tselem* zufolge hatte er aber Polizisten vom Dach eines Hauses aus mit Steinen beworfen, als er getötet wurde. **19** Angesichts der Bedenken, die Amnesty International gegen die Regeln zum Einsatz von scharfer Munition in Jerusalem hegt, wie sie weiter unten beschrieben sind, steht für uns zu befürchten, dass die Tötung von Wissam Farraj rechtswidrig war. Amnesty International wüsste auch nicht, dass etwa eine strafrechtliche Untersuchung zu seiner Tötung existieren würde.
- 17** Amnesty International, *No justification for deliberate attacks on civilians, unlawful killings by Israeli forces, or collective punishment of Palestinians (Keine Rechtfertigung für vorsätzlich Angriffe auf Zivilisten, rechtswidrige Tötungen durch israelische Sicherheitskräfte oder Kollektivstrafen für Palästinenser)*, AI-Index: MDE 15/2633/2015, Oktober 2015, im Original auf Englisch verfügbar unter www.amnesty.org/en/documents/mde15/2633/2015/en/
- 18** Daniel K. Eisenbud, *The Jerusalem Post*, *Palestinian man reported killed in Shu'afat clashes (Palästinensischer Mann Berichten zufolge bei Zusammenstößen in Shu'afat getötet)*, 8. Oktober 2015, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) verfügbar unter www.jpost.com/Arab-Israeli-Conflict/Report-Twenty-year-old-dies-in-clash-with-police-in-east-Jerusalem-421353
- 19** *B'Tselem*, *Palestinians killed by Israeli security forces in the West Bank, after operation Cast Lead (Von israelischen Sicherheitskräften in der Westbank getötete Palästinenser, Zeitraum: nach der Operation Gegossenes Blei)*, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) verfügbar unter www.btselem.org/statistics/fatalities/after-cast-lead/by-date-of-event/westbank/palestinians-killed-by-israeli-security-forces
- Am 12. Oktober wurde ebenfalls in Ostjerusalem der 17-jährige **Mustafa Khatib** getötet. Wie die israelische Polizei erklärte, war er von zwei Grenzpolizisten gestoppt worden, weil er ihnen verdächtig vorkam. Es hieß, Mustafa Khatib habe dann versucht, auf einen der beiden Beamten einzustechen, dessen Schutzweste habe eine Verletzung aber verhindert. In einem Video des Vorfalls, das eine städtischen Überwachungskamera aufgenommen hat und das von der israelischen Polizei veröffentlicht wurde, sieht man zwei Grenzpolizisten zu der Stelle hinübergehen, wo sich Mustafa Khatib hinter einer Mauer aufhielt. Einer der beiden Polizisten fällt dann rückwärts, und Mustafa Khatib fängt an fortzulaufen. Als er sich in einiger Entfernung von den

beiden Grenzpolizeibeamten befindet, wird auf ihn geschossen und er fällt zu Boden.²⁰ Da Mustafa Khatib zum Zeitpunkt der Schüsse weglief und sich nicht nah genug an einer anderen Person befand, um für diese eine direkte Gefahr darzustellen, war der Einsatz von tödlichen Gewaltmitteln durch die Grenzpolizei nicht gerechtfertigt, selbst wenn Mustafa Khatib zuvor versucht haben sollte, einem der Grenzpolizisten Stiche zuzufügen. Eine erste Strafanzeige gegen die Tötung von Mustafa Khatib wurde von der *Mahash* (Abteilung für interne Ermittlungen der Polizei im Justizministerium) mit der Begründung eingestellt, dass „keine faktische Grundlage für ein strafrechtliches Vergehen durch einen der Grenzpolizisten während des Vorfalls festgestellt wurde.“ Den Ermittlungen der *Mahash* scheint es jedoch an Gründlichkeit gefehlt zu haben. So wurde unter anderem ein Polizeibericht, der sich mit einem völlig anderen Vorfall beschäftigt hatte, in die Untersuchungsakten mit einbezogen.²¹ Amnesty International fordert die Abteilung Interne Ermittlungen der Polizei im Justizministerium (*Mahash*) dringend auf, den Fall neu zu eröffnen, ihre Ermittlungen wieder aufzunehmen und die Tötung von Mustafa Khatib als mögliche außergerichtliche Exekution zu untersuchen.

- ²⁰ YouTube, *Israeli police shooting of Mustafa Adel Al-Khatib (Erschießung von Mustafa Adel Al-Khatib durch die israelische Polizei)*, vom 9. August 2016. abgerufen am 30. August 2016), verfügbar unter www.youtube.com/watch?v=00NC69Mrrpg
- ²¹ *Adalah: The Legal Center for Arab Minority Rights in Israel (Rechtszentrum für arabische Minderheitenrechte in Israel)*, *Adalah, Addameer appeal closing of Mahash probe into killing of Palestinian minor rife with serious investigative failures (Adalah, Addameer gehen wegen vielfältiger und schwerwiegender Untersuchungsfehler gegen Einstellung des Verfahrens durch die Mahash [Abteilung für interne Ermittlungen der Polizei im Justizministerium] im Fall der Tötung eines palästinensischen Minderjährigen vor)*, 16. August 2016, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) verfügbar unter www.adalah.org/en/content/view/8885
- Am 25. Oktober 2015 wurde die 17-jährige **Dania Jihad Hussein Ershied** in Hebron erschossen. Kurz zuvor hatte sie einen Militärkontrollpunkt passiert, der mit einem Metalldetektor und zwei Drehtoren ausgestattet war, zwischen denen israelische Soldaten gerne jene Personen einsperren, die sie für verdächtig halten. Vor der Hebroner Ibrahim-Moschee wurde Dania Jihad 'Hussein Ershied an einem weiteren Checkpoint zu einer zweiten Kontrolle durch mehr als fünf Grenzpolizisten aufgerufen, die sogleich begannen ihre Tasche zu durchsuchen und sie anschrieten, dass sie ihr Messer vorzeigen solle. Vor ihren Füßen wurden Warnschüsse abgegeben, die sie veranlassten einen Schritt zurückzutreten und die Hände in die Luft zu heben. Sie schrie die Polizisten an, dass sie kein Messer habe und hielt ihre Arme immer hoch, als die Polizisten erneut das Feuer eröffneten und sechs oder sieben Mal auf sie schossen. Selbst wenn Dania Jihad 'Hussein Ershied im Besitz eines Messers gewesen sein sollte, weisen die Aussagen von Augenzeugen eindeutig darauf hin, dass sie keine Gefahr für die israelischen Sicherheitskräfte dargestellt hatte, als sie erschossen wurde. Ihre Tötung war daher ungerechtfertigt und könnte womöglich eine außergerichtliche Exekution gewesen sein.²² Amnesty International ist nichts über die Existenz einer strafrechtlichen Ermittlung zum Fall ihres Todes bekannt.
- ²² Amnesty International, *Israeli forces in Occupied Palestinian Territories must end pattern of unlawful killings (Israelische Truppen in den besetzten palästinensischen Gebieten müssen Schema der rechtswidrigen Tötungen beenden)*, 27. Oktober 2015, im Original auf Englisch unter www.amnesty.org/en/latest/news/2015/10/israeli-forces-must-end-pattern-of-unlawful-killings-in-west-bank/
- Ebenfalls in Hebron wurde am 29. Oktober 2015 der 23-jährige **Mahdi al-Muhtasib** getötet. Wie die israelische Armee erklärte, wurde er erschossen, nachdem er Berichten zufolge einen israelischen Soldaten bei einer Messerattacke leicht verletzt hatte.²³ In Videoaufnahmen der Zeit nach dem Vorfall ist Mahdi al-Muhtasib zu sehen, wie er sich vor Schmerzen am Boden windet, bevor ein israelischer Grenzpolizist, der in einigen Metern Entfernung stand, noch einmal auf ihn schoss.²⁴ Das Video zeigt auch, dass Mahdi al-Muhtasib offensichtlich verwundet war und keine Gefahr mehr für den Polizisten oder eine andere Person dargestellt hatte. Diese Tötung sollte als außergerichtliche Exekution untersucht werden. Zudem gilt die Erschießung einer verletzten geschützten Person als vorsätzliche Tötung und damit als grober Verstoß gegen die Vierte Genfer Konvention.²⁵ Amnesty International ist nichts über die Existenz einer etwaigen strafrechtlichen Untersuchung zum Tod von Mahdi al-Muhtasib bekannt.
- ²³ Twitter, @IDFSpokesperson (Sprecher der IDF (Israeli Defense Forces – der israelischen Armee), 29. Oktober 2015, aufgerufen am 5. September 2016), (auf Englisch) verfügbar unter <https://mobile.twitter.com/IDFSpokesperson/status/659621413012287488>
- ²⁴ YouTube, *Exclusive: The moment of the execution in cold blood of the martyr Mahdi al-Muhtasib in Hebron (Exklusiv: Der Moment der kaltblütigen Hinrichtung des Märtyrers Mahdi al-Muhtasib)*, 29. Oktober 2015 (auf Arabisch), aufgerufen am 30. August 2016), verfügbar unter www.youtube.com/watch?v=1x4X1rd7jsA
- ²⁵ Amnesty International, *Investigate apparent extrajudicial execution at Hebron hospital (Offenbar außergerichtliche Hinrichtung in Hebroner Krankenhaus muss untersucht werden)*, 12. November 2015, (auf Englisch) verfügbar unter www.amnesty.org/en/latest/news/2015/11/israel-opt-investigate-apparent-extrajudicial-execution-at-hebron-hospital/

- Am 19. Februar 2016 wurde der 20-jährige **Mohammed Abu Khalaf** in Ostjerusalem getötet. Eine Kamera des Senders Al Jazeera fing den Vorfall auf Film ein, und darauf ist klar zu sehen, wie die Grenzpolizei etliche Kugeln auf Mohammed Abu Khalaf abfeuert, nachdem dieser bereits verwundet war, am Boden lag und ohnehin keinerlei Gefahr mehr dargestellt hatte. **26** Wie die *Haaretz* am 26. Juli 2016 allerdings berichtete, beschloss die *Mahash*, keine Anklage zu erheben, weil die beteiligten Grenzpolizisten in Übereinstimmung mit "operationsbedingten Reflexreaktionen" gehandelt hätten. **27** Es ist zwar tatsächlich der Fall, dass die Polizisten angegriffen worden waren, nach internationalem Recht waren sie aber verpflichtet, beim Einsatz von Gewaltmaßnahmen das Prinzip der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Ist ein Angreifer verletzt und nicht mehr imstande, eine direkte Bedrohung darzustellen, so verbietet sich jede vorsätzliche Anwendung tödlicher Gewalt. Es liegt in der Verantwortung der israelischen Regierung, dafür Sorge zu tragen, dass ihre Sicherheitskräfte für ihre Vorgehensweisen zur Verantwortung gezogen werden; und Amnesty International fordert die Abteilung Interne Ermittlungen der Polizei im Justizministerium (*Mahash*) dringend auf, die Untersuchung zu diesem Fall als mögliche außergerichtliche Exekution neu aufzurollen.

26 YouTube, *Al-Jazeera camera documents the occupation killing a Palestinian youth (Al Jazeera Kamera dokumentiert Tötung eines palästinensischen Jugendlichen durch die Besatzung)*, 19. Februar 2016, aufgerufen am 30. August 2016), (auf Arabisch) verfügbar unter www.youtube.com/watch?v=W22rtPibQQ

27 Sharon Pulver, *Israeli Cops Filmed Shooting Prone Palestinian Attacker in Jerusalem Won't Be Charged (Israelische Polizisten, die gefilmt wurden, wie sie in Jerusalem einen am Boden liegenden palästinensischen Angreifer erschossen, werden nicht angeklagt)*, *Haaretz*, 26. Juli 2016, aufgerufen am 30. August 2016), (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/1.733428

- Am 8. März 2016 wurde der 22-jährige **Bashar Masalha** in Jaffa getötet. Ein Video des Vorfalls, das Amnesty International sich angesehen hat, scheint einen verletzten Bashar Masalha zu zeigen, der am Boden liegt. Ein Polizist hatte auf ihn geschossen, nachdem er mindestens 10 Zivilisten mit einem Messer angegriffen und einen von ihnen getötet hatte. Dann ist in dem Video zu hören, wie ein zweiter Polizist, laut Berichten ein freiwilliger Sicherheitsbediensteter, auf den hingestreckten Bashar Masalha schießt und von seinen Kollegen dafür gerügt wird. **28** In der *Times of Israel* wurde am 1. Mai 2016 berichtet, dass der freiwillige Sicherheitsbedienstete für eine Ehrenmedaille vorgeschlagen sei, obwohl die Polizei ursprünglich verkündet hatte, dass die Schüsse untersucht würden. **29** Es kann absolute keine Rechtfertigung dafür geben, auf eine verwundete Person zu schießen, die keine Gefahr mehr dargestellt hat. Amnesty International fordert die *Mahash* (Abteilung Interne Ermittlungen der Polizei im Justizministerium) auf, die Ermittlungen zur Tötung von Bashar Masalha wieder aufzunehmen und als mögliche außergerichtliche Hinrichtung untersuchen. Amnesty International fordert auch die israelische Polizei auf, den fraglichen freiwilligen Sicherheitshelfer vom Dienst zu suspendieren bis das Ergebnis dieser Untersuchung feststeht.

28 YouTube, *Jaffa terrorist shooting (Schüsse auf Jaffa-Terroristen)*, 8. März 2016 (auf Hebräisch), abgerufen am 30. August 2016, verfügbar unter www.youtube.com/watch?v=aXy50JgYd1I

29 Stuart Winer, *Cop who shot unarmed terrorist recommended for medal (Polizist, der entwaffneten Terroristen erschoss, für Medaille vorgeschlagen)*, *Times of Israel*, 1. Mai 2016, abgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) verfügbar unter <http://www.timesofisrael.com/cop-who-shot-incapacitated-terrorist-recommended-for-medal/>

TÖTUNGEN DURCH PRIVATE SICHERHEITSFIRMEN

- **Maram Saleh Hassan Abu Ismail**, 23, und ihr 16-jähriger Bruder **Ibrahim Taha** wurden beide am 27. April 2016 am Militärkontrollpunkt Qalandia getötet. Die israelische Polizei erklärte in einer Stellungnahme, dass man auf die beiden geschossen und sie getötet habe, nachdem sie sich dem Kontrollpunkt auf einer Straße genähert hatten, die für den Kraftfahrzeugverkehr reserviert war, und alle Aufforderungen stehen zu bleiben ignorierten, bis Maram Saleh Hassan Abu Ismail dann ein Messer auf einen Polizisten geworfen habe. Der Vater von Maram Saleh Hassan Abu Ismail und Ibrahim Taha sagte Amnesty International, dass weder sie noch ihr Bruder etwas mit Politik zu tun gehabt hätten, und dass sein Tochter in Begleitung ihres Bruders zu dem Checkpoint gegangen war – den sie nie zuvor passiert hatte – weil sie hoffte, auf diesem Weg zu einem Krankenhaus in Ostjerusalem zu gelangen. In einer Zeugenaussage, die Amnesty International von *Human Rights Watch* zur Verfügung gestellt wurde, erklärte der Zeuge, dass Maram Saleh Hassan Abu Ismail nichts in ihren Händen gehalten habe und die Anweisungen, die ihr der Mitarbeiter eines privaten Sicherheitsdienstes, der sie und ihren Bruder dann erschoss, auf Hebräisch zurief, anscheinend gar nicht verstand. Die Zeugen erklärten auch, dass Maram Saleh Hassan Abu Ismail offensichtlich noch eine gute halbe Stunde gelebt hatte, nachdem auf sie geschossen worden war, denn ihr Bein und ihre Hand bewegten sich noch. Die israelischen Truppen leisteten ihr jedoch keinerlei medizinische Hilfe und verhinderten, dass ein palästinensischer Rettungswagen an den Ort des Geschehens gelangen konnte. Die *Haaretz* berichtete

am 5. Mai 2016, dass die Tötungen von der israelischen Polizei untersucht würden und dass es sich bei demjenigen, der die tödlichen Schüsse abgegeben hatte, um den Mitarbeiter einer zivilen Sicherheitsfirma handele, die beim Ministerium für Öffentliche Sicherheit unter Vertrag stehe.³⁰ Weitere Informationen, die an *B'Tselem* weitergeleitet wurden, zeigen, dass die israelische Kreispolizei von Judäa und Samaria eine strafrechtliche Untersuchung eingeleitet hat. Am 30. August berichtete die *Haaretz*, dass die israelische Polizei die Untersuchungen zwar abgeschlossen, sie aber „in diesem höchst ungewöhnlichen Fall keine Empfehlung beigefügt hat, ob Anklage gegen jemanden erhoben werden solle oder nicht“.³¹ Damit obliegt die Entscheidung über eine strafrechtliche Verfolgung jetzt dem Staatsanwalt.

³⁰ Chaim Levinson, *Israel Investigating Suspected Violations in Shooting of Palestinian Siblings at Qalandiyah Checkpoint (Israel untersucht Verdacht von Verstößen bei Erschießung palästinensischer Geschwister am Checkpoint Qalandiyah)*, *Haaretz*, 5. Mai 2016, aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/premium-1.718192

³¹ Yotam Berger, *Israel Extends Gag Order on Footage of Palestinian Siblings' Death for Fourth Time (Israel verlängert Nachrichtensperre gegen Filmaufnahmen vom Tod palästinensischer Geschwister zum vierten Mal)*, *Haaretz*, 30. August 2016 aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/premium-1.739417

2. UNTERSUCHUNGEN VON VORWÜRFEN ÜBER RECHTSWIDRIGE TÖTUNGEN

MILITÄRUNTERSUCHUNGEN

Trotz einer beträchtlichen Menge an Beweisen für das Fehlverhalten israelischer Sicherheitskräfte, ist Amnesty International nur ein Fall aus dem vergangenen Jahr bekannt, bei dem ein Mitglied der israelischen Sicherheitskräfte für die Beteiligung an einer rechtswidrigen Tötung angeklagt wurde. Wir haben zwar die unverzügliche Untersuchung und Anklage von Elor Azaria, zur Kenntnis genommen, des Soldaten der für die Tötung von Abed al-Fatah al-Sharif am 23. März 2016 in Hebron in den OPT wegen Totschlags vor Gericht steht, doch scheint es sich hierbei um eine Ausnahme zu handeln. In so vielen Fällen, einschließlich der oben beschriebenen, sind ähnlich zwingende Beweise für rechtswidrige Tötungen durch israelische Truppen vorhanden, die dennoch entweder ungestraft davonkommen oder gar nicht erst untersucht wurden.

Amnesty Internationals Recherchen zeigen, dass das Militärjustizsystem beständig versagt, wenn es darum geht, palästinensischen Opfern und ihren Familien Gerechtigkeit zu verschaffen. Unser Bericht aus dem Jahr 2014 mit dem Titel *Trigger happy* (dt. *Mit dem Finger am Abzug*) untersuchte 19 Fälle von Palästinensern, die durch israelische Sicherheitskräfte getötet wurden, obwohl sie offenbar keine direkte Bedrohung für das Leben anderer dargestellt hatten. In drei Fällen gab es Beweise dafür, dass sie Opfer vorsätzlicher Tötungen waren - und damit Kriegsverbrechen. Bis zum Juli 2015, dem letzten Termin, an dem *B'Tselem* ein Update über noch anhängige Militäruntersuchungen veröffentlicht hat, und zwei Jahre nach dem aktuellsten Fall, der hier im Bericht beschrieben ist, war es nur zu einer einzigen Anklage in einem der 19 Fälle gekommen. Sechs Untersuchungen waren geschlossen worden; acht befanden sich in Bearbeitung des MAG; zu zweien wurde noch ermittelt, und zwei weitere waren gar nicht erst untersucht worden.³² Amnesty International musste auch früher schon feststellen, dass Israels Militäruntersuchungen weder unabhängig noch unparteiisch sind.³³

Amnesty International hat eine Anzahl von Bedenken im Hinblick auf die offenbar stattfindende Verwässerung des Grundsatzes, dass zivile Todesfälle in den Händen der israelischen Armee in der Westbank automatisch untersucht werden. Im März 2016 teilte der MAG *ACRI (Association for Civil Rights in Israel)*, dem Verband für Bürgerrechte in Israel, schriftlich mit, dass dieser Grundsatz, der seit dem Jahr 2011 in Kraft ist und nach dem jeder Tod eines Palästinensers, der nicht im Kampf stattfindet, automatisch von der Militärpolizei untersucht wird, immer noch Bestand habe.³⁴

³² *B'Tselem, Follow-up: Military Police and MAG Corps investigations of civilian Palestinian fatalities in West Bank since April 2011 (Folgebericht: Untersuchungen von Militärpolizei und MAG-Korps zu zivilen palästinensischen Todesfällen in der Westbank seit April 2011)*, 30. Juli 2015, aufgerufen am 6. September 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter http://www.btselem.org/accountability/military_police_investigations_followup

³³ Für eine vollständige Zusammenfassung der Position Amnesty Internationals zu Israels System von Militäruntersuchungen mit Blick auf dessen Ermittlungen zu Beweisen für das Fehlverhalten israelischer Militärs im Verlauf des Gaza-Israel Konflikts im Jahr 2014 siehe Amnesty International, *'Black Friday': Carnage in Rafah ('Schwarzer Freitag': Blutbad in Rafah)*, August 2016, (auf Englisch) verfügbar unter www.blackfriday.amnesty.org/investigations.php

³⁴ Schreiben des MAG an ACRI (*Association for Civil Rights in Israel / Verband für Bürgerrechte in Israel*), datiert auf den 14. März 2016, aufgerufen am 30. August 2016), (auf Englisch) unter <http://www.acri.org.il/he/wp-content/uploads/2016/03/pazar140316.pdf>

In einem Schreiben an den Generalstaatsanwalt aus dem Jahr 2011 zur Verkündung der Einrichtung des Grundsatzes des automatischen Untersuchungen definierte der MAG den Begriff "Kampfsituation" als eine Situation, in der es zu Schusswechseln kommt. **35** Allerdings findet diese Ausnahme für Kampfsituationen offenbar wesentlich breitere Anwendung.

35 Zitiert von *B'Tselem* in *The Occupation's Fig Leaf: Israel's Military Law Enforcement System as Whitewash Mechanism* (*Das Feigenblatt der Besatzung: Israels System zur Durchsetzung des Militärrechts als Mechanismus zur Beschönigung*), Mai 2016, S. 11, (auf Englisch) erhältlich unter www.btselem.org/download/201605_occupations_fig_leaf_eng.pdf

In der *Haaretz* berichtete der MAG, dass im August 2016 Untersuchungen zu 20 Fällen von möglicherweise fälschlichen Erschießungen durch das israelische Militär bestünden. **36** Von den 200 Palästinensern, die seit dem 1. Oktober 2015 durch israelische Sicherheitskräfte getötet wurden, waren mehr als 150 an Angriffen beteiligt oder standen unter dem Verdacht, an Angriffen beteiligt gewesen zu sein. Angesichts der Tatsache, dass in der Mehrzahl dieser 150 Fälle, Schusswaffen keine Rolle gespielt haben, lässt die geringe Zahl der bestehenden Untersuchungen darauf schließen, dass die Ausnahmeregelung für Kampfsituationen bei der automatischen Eröffnung von Untersuchungen auch auf solche Fälle angewendet wird, bei denen es um mutmaßliche, versuchte oder tatsächliche Angriffe mit zum Beispiel einem Messer oder einem Fahrzeug geht. Hierzu gibt es auch eine Vorgeschichte. So erklärte der MAG gegenüber *B'Tselem*, dass es im Fall von Zakaria Jamal Muhammad Abu Arram, der am 8. März 2012 von der israelischen Armee in Hebron getötet wurde, nachdem er auf einen Soldaten eingestochen hatte, keine strafrechtliche Untersuchung geben werde und zitierte hierbei die Ausnahme der Kampfaktivität als Grund für die Nichteröffnung eines Strafverfahrens. **37**

36 Gili Cohen, *Israeli Army Investigating 20 Possible Cases of Wrongful Shootings of Palestinians* (*Israelische Armee untersucht 20 Fälle möglicherweise fälschlicher Erschießungen von Palästinensern*), *Haaretz*, 11. August 2016, aufgerufen am 30. August 2016), nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.736260

37 *B'Tselem*, *Follow-up: Military Police and MAG Corps investigations of civilian Palestinian fatalities in West Bank since April 2011* (*Folgebericht: Untersuchungen von Militärpolizei und MAG-Korps zu zivilen palästinensischen Todesfällen in der Westbank seit April 2011*), 30. Juli 2015, aufgerufen am 6. September 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.btselem.org/accountability/military_police_investigations_followup

Nach Amnesty Internationals Ansicht kann ein einzelner Angriff mit einem Messer oder einem Auto indes nicht als Kampfsituation betrachtet werden, die im Rahmen eines bewaffneten Konfliktes stattfindet.

Nach den Worten des MAG in seinem Schreiben an *ACRI*, würde der er in Fällen, in denen nicht automatisch eine Untersuchung eingeleitet wird, dies nur tun, wenn die Armee in ihrem eigenen Einsatzbericht Beweise für ein kriminelles Fehlverhalten findet. Amnesty International und andere NGOs sind seit langem überzeugt, dass sich die Einsatzberichte der Armee nicht als Grundlage für eine Entscheidung darüber eignen, ob ein kriminelles Fehlverhalten stattgefunden hat oder nicht. In vielen der Vorfälle, bei denen tödliche Gewalt in Reaktion auf mutmaßliche, versuchte oder tatsächliche Attacken eingesetzt wurde, hat Amnesty International glaubhafte Beweise für rechtswidrige Tötungen und außergerichtliche Exekutionen gefunden. Deshalb reicht es nicht aus, dass der MAG sich auf die eigenen Einsatzberichte der Armee verlässt, um zu bestimmen, ob es Hinweise auf ein kriminelles Fehlverhalten gibt oder nicht.

Amnesty International ist zudem - wie oben bereits erwähnt - auch besorgt darüber, dass es offenbar keine Untersuchungen zu Tötungen von Palästinensern durch die israelische Armee im Gazastreifen gibt.

Deshalb gibt Amnesty International folgende Empfehlungen an die israelischen Behörden ab:

- Stellen Sie in aller Öffentlichkeit die Definition des Begriffs "Kampfsituation" klar, den der MAG verwendet, um zu entscheiden, ob eine strafrechtliche Untersuchung eröffnet werden muss.
- Setzen Sie als einen ersten Schritt, um Israels Verantwortlichkeitsmechanismen den internationalen Standards anzunähern, all die Empfehlungen der Turkel-Kommission um
- Stellen Sie sicher, dass bei allen Tötungen durch die israelischen Sicherheitskräfte automatisch sofortige, gründliche, unabhängige und unparteiische strafrechtliche Untersuchungen eingeleitet werden.
- Wo zulässige Beweise in ausreichender Zahl vorliegen, müssen israelische Bedienstete, die persönlich für rechtswidrige Tötungen verantwortlich sind, entsprechend der internationalen Standards für faire Verfahren strafrechtlich verfolgt und vor Gericht gestellt werden.
- Stellen Sie sicher, dass Verdächtige von außergerichtlichen Exekutionen oder anderen rechtswidrigen Tötungen in fairen gerichtlichen Verfahren strafrechtlich verfolgt und wegen Vergehen angeklagt werden, die die Schwere der Tat ausreichend reflektieren.

- Stellen Sie sicher, dass zu allen Fällen, in denen Palästinenser bei versuchten, angeblichen oder tatsächlichen Angriffen von israelischen Truppen getötet wurden, rückwirkend strafrechtliche Untersuchungen gestartet werden
- Wenden Sie den Grundsatz der automatischen strafrechtlichen Untersuchung bei Todesfällen von Personen, die nicht an Kampfhandlungen teilgenommen hatten, sowohl auf die Fälle von Tötungen durch israelische Truppen im Gazastreifen wie auf jene in der Westbank an.

ZIVILRECHTLICHE UNTERSUCHUNGEN

Das Vorgehen der Abteilung Interne Ermittlungen der Polizei im Justizministerium (bekannt als *Mahash*) in Bezug auf rechtswidrige Tötungen durch israelische Polizeikräfte wirft auch schwerwiegende Fragen über deren Fähigkeit auf, unparteiische und unabhängige Untersuchungen durchzuführen. Angesichts der Tatsache, dass die von der *Mahash* veröffentlichten Untersuchungsakten aus der Zeit, die dieses Memorandum umfasst, in einer Reihe von Fällen wie etwa dem von Mustafa Khatib (siehe oben) falsche Informationen enthalten, hat Amnesty International erhebliche Bedenken hinsichtlich der Gründlichkeit der Ermittlungen der *Mahash*. Andere Fälle, wie der von Mohammed Abu Khalaf (siehe oben), wo selbst starke Beweise für ein Fehlverhalten zu keiner Anklage geführt haben, werfen die Frage auf, ob die Untersuchungen der *Mahash* unparteiisch sind. Das routinemäßige Versagen, die Inhalte der Untersuchungsakten offen zu legen, bedeutet zudem, dass die Untersuchungen der *Mahash* nicht transparent sind. Durch diese schwerwiegenden Defizite zeigt sich, dass die Untersuchungen den internationalen Standards nicht genügen, und damit steht Israel in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass diese Probleme angegangen werden.

Die israelischen Grenzpolizeitruppen operieren häufig unter dem Kommando des israelischen Militärs in den OPT. Derzeit liegt die Verantwortung für die Durchführung von Untersuchungen zu Todesfällen durch Grenzpolizisten unter Militärkommando bei der Kreispolizei von Judäa und Samaria. Im Turkel-Bericht wurde die Empfehlung abgegeben, diese Untersuchungen in die Verantwortung der Militärpolizei zu übergeben, weil in der aktuellen Situation – wo die Polizei das Verhalten der eigenen Kräfte untersucht – eine Unabhängigkeit nicht gewährleistet ist. Trotzdem beschloss der Ciechanover-Ausschuss, diese Empfehlung nicht umzusetzen, und empfahl stattdessen eine Aufteilung der Verantwortung, zwischen *Mahash* und Militär. Soweit Amnesty International bekannt, hat diese Übergabe von Verantwortlichkeiten bisher noch nicht stattgefunden, so dass für den Zeitraum, auf den sich dieses Memorandum bezieht, immer noch die Kreispolizei von Judäa und Samaria für die Untersuchung der Tötungen verantwortlich ist.

Zwar erfordern Tötungen von Palästinensern in der besetzten Westbank durch die Armee vordergründig die automatische Eröffnung einer strafrechtlichen Untersuchung des Vorfalls, Amnesty International ist aber nicht bekannt, dass bei Tötungen durch die israelische Polizei oder Grenzpolizei etwa eine ähnliche Regel gelten würde. Die Anwendung tödlicher Gewalt außerhalb von Kampfoperationen ist durch die Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen geregelt. Sie stellen eine strikte Anwendung des Rechts auf Leben dar und sind daher rechtlich bindend.³⁸ Es gibt daher keinen Grund dafür, dass sich die untersuchungstechnischen Verfahren in den verschiedenen Gebieten, die unter der Zuständigkeit israelischer Behörden stehen, unterscheiden sollten. Amnesty International richtet deshalb folgende Empfehlungen an die israelischen Behörden:

- Richten Sie Grundsatzregeln ein, die bedeuten, dass jeder durch ein Mitglied der israelischen Truppen herbeigeführte Tod außerhalb einer Kampfsituation Grund genug für die automatische Eröffnung eines strafrechtlichen Verfahrens ist, unabhängig davon, welche Truppen daran beteiligt waren.
- Gewährleisten sie unverzügliche, gründliche, unabhängige und unparteiische Untersuchungen zu Tötungen durch die Polizei, die Grenzpolizei und durch private Sicherheitsfirmen, die für den Staat tätig sind.
- Wo ausreichende zulässige Beweise existieren, müssen israelische Bedienstete, die für rechtswidrige Tötungen verantwortlich sind, entsprechend der Standards für faire gerichtliche Verfahren strafrechtlich verfolgt werden.

³⁸ UN Basic Principles on the Use of Force and Firearms by Law Enforcement Officials (Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen), 1990, (auf Englisch) nachzulesen unter <http://www.ohchr.org/EN/ProfessionalInterest/Pages/UseOfForceAndFirearms.aspx>

3. VORSCHRIFTEN ZUR REGELUNG DER ANWENDUNG TÖDLICHER GEWALT

Amnesty International hat die Sorge, dass die Richtlinien, die die Anwendung von tödlicher Gewalt durch die israelische Armee, Polizei, Grenzpolizei und private Sicherheitsfirmen regeln, nicht streng genug sind, um die israelischen Verpflichtungen aus dem Internationalen Völkerrecht zu erfüllen. Wie oben aufgezählt, scheinen

viele der Vorfälle, bei denen die israelische Armee seit Oktober 2015 Gebrauch von tödlichen Gewaltmitteln gemacht hat, rechtswidrig gewesen zu sein, das heißt, sie haben zu einem willkürlichem Entzug des Rechts auf Leben geführt, das unter anderem in Artikel 6 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte festgeschrieben ist.³⁹

Diese Fälle weisen auf ein regelmäßiges Versagen hin, maßgebliche internationale Standards, insbesondere die Grundprinzipien zur Anwendung von Gewalt und für den Gebrauch von Feuerwaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen, zu erfüllen, obwohl diese eine verbindliche Darstellung dessen sind, was Strafverfolgungsbeamte bei der Polizeiarbeit zur Wahrung der Menschenrechte zu tun haben. In den oben beschriebenen Fällen wurde bewusst Gewalt eingesetzt oder von Schusswaffen in tödlicher Weise Gebrauch gemacht, obwohl keine direkte Gefahr für das Leben anderer bestanden hatte und ohne zuvor alle weniger tödlichen Mittel zur Neutralisierung der so wahrgenommenen Bedrohung auszuschöpfen. Ein solch weit verbreitetes, beständiges Versagen, das Prinzip zum "Schutz des Lebens" zu bewahren, ⁴⁰ lässt Bedenken darüber aufkommen, ob Israels Behörden die Truppen hinsichtlich der Anwendung von tödlichen Gewaltmitteln ordentlich ausbildet oder ob die Vorgaben zur Regulierung von Gewaltanwendungen strikt genug sind.

³⁹ Israel argumentiert zwar, dass seine Verpflichtungen anhand des ICCPR (*International Covenant on Civil and Political Rights / Internationaler Pakt über Bürgerliche und Politische Rechte*) und anderer internationaler Menschenrechtsverträge, deren Vertragspartei das Land ist, in den besetzten palästinensischen Gebieten nicht gelten würden, diese Position wird vom Menschenrechtsausschuss und anderen Vertragsbeobachtungskommissionen der Vereinten Nationen sowie durch den Internationalen Strafgerichtshof aber zurückgewiesen, siehe die *Abschließenden Beobachtungen des Menschenrechtsausschusses, Israel* vom 3. September 2010, CCPR/C/ISR/CO/3, Abs. 5: *Die rechtlichen Konsequenzen der Errichtung einer Mauer in den besetzten palästinensischen Gebieten*, gutachterliche Stellungnahme vom 9. Juli 2004

⁴⁰ Das Prinzip zum Schutz des Lebens, ausgeführt in den Grundprinzipien der Vereinten Nationen für die Anwendung von Gewalt und den Gebrauch von Schusswaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen (Grundsatz Nr. 9) ist die Grundlage einer jeden Polizeiarbeit, die den Menschenrechtsstandards Genüge tut. Demnach müssen die Staaten durch eine Verankerung des Prinzips in ihren gesetzlichen Regeln dafür sorgen, dass jegliche Gewalt, die von ihren Vollstreckungsbeamten ausgeht und eine dabei hohe Wahrscheinlichkeit von tödlichen Konsequenzen in sich birgt, insbesondere beim Gebrauch von Feuerwaffen, allein zum Schutz vor einer ernststen Bedrohung für das Leben oder die Gesundheit der Betroffenen selbst oder anderer Personen eingesetzt werden darf.

Ein Teil der Bestimmungen der Armee zur Eröffnung des Feuers mit Schusswaffen sind in den letzten Jahren entweder in der Presse oder in den Gerichtshöfen publik geworden, die israelische Armee hat diese Regeln aber keineswegs in voller Länge veröffentlicht.

Im September 2015 bat Premierminister Netanyahu den damaligen Generalstaatsanwalt Yehuda Weinstein um die Zustimmung für den Einsatz von halbautomatischen Ruger 22 Scharfschützengewehren mit scharfer Munition gegen Steinwerfer in Jerusalem. Diese Anfrage wurde bewilligt, und die israelische Polizei feuerte am Wochenende des 19./20. September in Jerusalem mit scharfen Ruger 22 Gewehren auf Palästinenser. Laut des Generalstaatsanwalts war dieser Einsatz "effektiv".⁴¹ Auch der Premierminister erkannte den Einsatz der Ruger 22 Scharfschützengewehre in Jerusalem lobend an und erklärte am 20. September 2015 bei einem Kabinetttreffen, dass „[die Polizei] anhand der neuen Befehle schon am Wochenende Gebrauch von der neuen Maßnahme gemacht hat und damit sofort jene getroffen hat, die mit Steinen und Brandsätzen werfen.“⁴² Dennoch wurde am 22. September berichtet, dass der Einsatz von Ruger 22 Waffen in Jerusalem einstweilig so lange eingestellt würde, bis die Polizeibeamten, die die Waffe benutzten, ein ordentliches Training durchlaufen hätten.⁴³

⁴¹ Barak Ravid, *AG [Attorney General] Opposes Legislating Mandatory Minimum Sentences for Stone-throwers (Generalstaatsanwalt widerspricht Verabschiedung obligatorischer Mindeststrafe für Steinwerfer)*, 20. September 2015, aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/premium-1.676873

⁴² Büro des Premierministers, *PM Netanyahu's Remarks at the Start of the Weekly Cabinet Meeting (Anmerkungen des Premierministers Netanyahu zum Beginn des wöchentlichen Kabinetttreffens)*, 20. September 2015, aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.pmo.gov.il/English/MediaCenter/Spokesman/Pages/spokeStart200915.aspx

⁴³ Jack Khoury und Yaniv Kubovich, *Israel Police Suspend Sniper Use After East Jerusalem Riots (Israelische Polizei setzt Einsatz von Scharfschützen nach Ostjerusalem Unruhen aus)*, 22. September 2015, aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/premium-1.677095

Das wirft ernsthafte Fragen darüber auf, ob der Einsatz vom Wochenende des 19. und 20. September 2015 überhaupt rechtens war, und folgt einem Muster, nach dem die israelische Polizei potentiell tödliche Waffen ohne eine entsprechende Schulung ihrer Kräfte oder die vorherige Festlegung klarer Richtlinien für deren Gebrauch freigegeben hat, wie es auch schon beim Einsatz der an der Spitze mit schwarzem Metallschaum

umhüllten Geschosse (lack "sponge" bullets) der Fall gewesen war.⁴⁴ Medienberichten zufolge nahmen die Sicherheitskräfte unter dem Kommando der israelischen Polizei am 2. Oktober 2015 den Einsatz von scharfer Munition gegen Steinewerfer wieder auf.⁴⁵ Indes wurden die neuen Regeln zum Schusswaffengebrauch erst im Dezember 2015 an die Bediensteten der Polizei weitergeleitet, was wiederum ernsthafte Fragen darüber aufwirft, ob und inwiefern der Einsatz scharfer Munition durch Polizeikräfte in der Zwischenzeit überhaupt kontrolliert wurde.

Am 29. Juni 2016 veröffentlichte die israelische Polizei bei Gericht einige Abschnitte der aktualisierten Regeln zum Gebrauch von Schusswaffen und zur Eröffnung des Feuers im Rahmen eines Petitionsverfahrens, das die NGO *Adalah* angeregt hatte.⁴⁶ Die veröffentlichten Regeln lassen erhebliche Bedenken über die Rechtmäßigkeit der Anwendung tödlicher Gewaltmittel durch die israelische Polizei aufkommen. Laut den Grundregeln der Vereinten Nationen zum Einsatz von Gewalt und für den Gebrauch von Feuerwaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen, dürfen Schusswaffen nur zur Selbstverteidigung oder zur Schutz anderer Personen vor einer direkten Bedrohung mit dem Tod oder einer schweren Verletzung eingesetzt werden, wo weniger extreme Maßnahmen nicht ausreichen, um diese Bedrohung zu neutralisieren. Zwar kann das Werfen von Steinen, Brandsätzen oder Feuerwerksartikeln in seltenen Momenten durchaus eine solche Gefährdung darstellen, die neuen Regeln zum Schusswaffengebrauch scheinen aber den Einsatz von scharfer Munition in all diesen Situationen als Mittel der ersten Wahl zu erlauben, ohne die Risiken für die Polizisten oder andere Personen zu bedenken. Ein solcher "Persilschein" kann den Verpflichtungen der israelischen Behörden aus den Internationalen Völkerrechte in keiner Weise Genüge tun.

Amnesty International gibt daher die folgenden Empfehlungen an die israelischen Behörden ab:

- Stellen Sie sicher, dass die israelischen Armee, Polizei, Grenzpolizei und andere Sicherheitskräfte, die bei der polizeilichen Begleitung von Demonstrationen zum Einsatz kommen oder andere Vollstreckungsaufgaben wahrnehmen, sich jederzeit und in vollem Umfang an den UN-Verhaltenskodex für Beamte mit polizeilichen Befugnissen und die Grundprinzipien der Vereinten Nationen zum Einsatz von Gewalt und für den Gebrauch von Feuerwaffen durch Beamte mit Polizeibefugnissen halten.
- Veröffentlichen Sie unverzüglich und in voller Länge sämtliche Regeln zum Schusswaffengebrauch, die für die israelische Polizei, die Grenzpolizei und private Sicherheitsfirmen sowie für die israelische Armee in all ihren Einsatzgebieten einschließlich des Gazastreifens gelten.
- Stellen Sie sicher, dass alle israelischen Sicherheitskräfte gründlich auf die Anwendung tödlicher wie weniger tödlicher Waffen vorbereitet werden, bevor Sie diese Waffen für den Einsatz freigegeben.
- Tauschen Sie dringend die neuen im Dezember 2015 eingeführten Regeln zum Schusswaffengebrauch für die israelische Polizei gegen Bestimmungen aus, die in Einklang mit den Grundprinzipien der Vereinten Nationen zum Einsatz von Gewalt und für den Gebrauch von Feuerwaffen durch Beamte mit polizeilichen Befugnissen stehen .

⁴⁴ Nir Hasson, *Israel Police Using New Anti-riot Gear Without Training (Israelische Polizei setzt neue Waffen zur Aufstandsbekämpfung ohne Schulung ihre Bediensteten ein)*, 5. Februar 2015, aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter www.haaretz.com/israel-news/.premium-1.640883

⁴⁵ *The Jerusalem Post*, *Molotov cocktails thrown at Jerusalem hospital; no injuries (Molotow-Cocktails auf Jerusalemer Krankenhaus geworfen – keine Verletzten)*, 2. Oktober 2015, aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) nachzulesen unter http://www.jpost.com/Breaking-News/Molotov-cocktails-thrown-at-Jerusalem-hospital-no-injuries-419784?utm_source=dvr.it&utm_medium=twitter

⁴⁶ *Adalah*: Das Rechtszentrum für arabische Minderheitenrechte in Israel, *Israeli police reveal new open-fire regulations in response to Adalah's court petition (Israelische Polizei enthüllt neue Bestimmungen zum Schusswaffengebrauch in Reaktion auf Adalabs Eingabe an den Gerichtshof)*, 5. Juli 2016, aufgerufen am 30. August 2016, (auf Englisch) siehe unter www.adalah.org/en/content/view/8845